

## Kritisch, aber sachlich

### Umweltminister Habeck stellte sich in Großenaspe der AKW-Schrott-Diskussion mit den Bürgern

Großenaspe. Derart großes Interesse finden Einwohnerversammlungen selten. Geschätzte 350 Bürger aus Großenaspe und Nachbarorten waren am Montagabend in Timms Gasthof gekommen. Das Thema war brisant. Es ging um die Ablagerung von nicht recycelbarem Bauschutt, der beim Abriss der drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf anfällt. Ein Teil davon soll auf die Großenasper Deponie. Überraschend war Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck (Grüne) selbst gekommen.

Habeck nannte zwei Alternativen, was mit dem teilweise schadstoffbelasteten Gebäuden der Atommeiler geschehen könne: Sie einfach stehen lassen oder ein „verantwortungsbewusster Rückbau“. Für ihn komme nur der Abriss in Frage, sagte er, alles andere wäre eine Verlagerung des Problems auf

nachfolgende Generationen.

Das Umweltministerium hat sieben Deponien unter anderem für asbesthaltigen Schutt oder schadstoffbelastete Dämmmaterialien ausgewählt. Eine davon ist die Lagerstätte der Großenasper Entsorgungsgesellschaft (GEG), die zum Unternehmen Ernst Krebs gehört. Der Minister machte deutlich, dass der Bauschutt nicht recyclebar sei und deshalb auf eine Deponie müsse. Die radioaktive Belastung sei dabei nicht das Problem. Sie liege unter 10 Mikrosievert und damit um ein Vielfaches unter der natürlichen Radioaktivität in der Umwelt. Eine Gefahr für das Grundwasser oder durch belasteten Staub schlossen die Experten, die Habeck aus seinem Ministerium mit-

gebracht hatte, aus. Solche Befürchtungen waren laut geworden, weil direkt neben der Deponie das Großenasper Wasserwerk steht.

Auch die Menge sei kein großes Problem. Beim Rückbau fielen binnen 22 Jahren pro Deponie rund 5300 Tonnen an, wenn alle sieben Deponien einbezogen werden, erklärten die Fachleute. Entgegen der Befürchtung einiger Bürger sei bei der Anlieferung in sogenannten Big Packs keine größere Staubbelastung zu erwarten, so die Experten.

Habeck hatte bereits andere Deponie-Standorte bereist und war auf zum Teil heftige Kritik gestoßen. „Der Versuch, die Bevölkerung mitmachen zu lassen, steht auf der Kippe“, räumte er in Großenaspe. Der Minister ließ keinen Zweifel daran, was geschieht, wenn auf freiwilliger Basis keine Deponien gefunden werden:

„Dann wird auf gesetzlichem Weg zurückgebaut.“ Die Kraftwerkskonzerne benötigen nämlich keine besondere Genehmigung für die Deponierung des Bauschutts, wenn die ausgewählte Deponie die Voraussetzungen erfüllt. In Großenaspe dürfte das der Fall sein, denn auch jetzt schon wird beispielsweise asbestbelasteter Bauschutt eingelagert.

In Großenaspe verlief die Diskussion überwiegend sachlich. Viele Bürger fragten, warum der Müll nicht dort bleiben könne, wo er jetzt sei. Auch BUND-Sprecher Ole Eggers vertrat diese Auffassung. Dann sei er unter der Kontrolle der Atomaufsicht. Andere fragten, warum die Bevölkerung

im Umfeld von Deponien noch zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden soll. Die Mengen seien nicht nennenswert, antwortete Habeck, der auch an die Solidarität der Bevölkerung beim Ausstieg aus der Kernenergie appellierte. „Begleitet den Prozess, schaltet Gutachter ein, nutzt alle technischen Möglichkeiten“, forderte Habeck die Anwesenden auf. Sein Ministerium sei bereit, bei der Beschaffung der dafür nötigen Gelder zu helfen.

Unterstützung fand Habeck bei dem Großenasper Rolf Hoffmann, der sich mit einer Minderheitenmeinung aus dem Publikum meldete: „Wir sollten den Müll übernehmen, wenn wir schon eine Deponie haben – aber auch dafür sorgen, dass der Atomausstieg so schnell wie möglich erfolgt, damit nicht noch mehr Müll anfällt“, erklärte der streng nach ökologischen Kriterien lebende Ingenieur.

Deponie-Chef Reimer Brügge sicherte zu, dass seine Firma nicht gegen den Willen der Gemeinde den Schutt annehmen werde. „Ein großartiges Geschäft“ sei das ohnehin nicht, entgegnete er einigen Zuhörern, die Profitinteressen witterten.

„Ich wäre froh, wenn sich die Gemeinde weiteren Gesprächen nicht verschließt“, sagte Habeck am Ende. Bevor er ging, nahm er noch eine Liste mit 1600 Protestunterschriften entgegen, die Traute Asbahr mit mehreren Helfern gesammelt hatte. Habecks Kommentar: „Mir wäre es lieber gewesen, sie hätten den Infoabend abgewartet, bevor sie Unterschriften sammeln.“

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH